gestürzte Regierung in der beinahe einjährigen Dauer ihres Bestehens nicht entschlossen genug losgerissen hat von der Finanzpolitik des Nationalblocks. Herriot wollte dem Lande nicht die volle Wahrheit sagen, oder er glaubte, sie nicht sagen zu dürfen. Die Ereignisse sind schnell vorwärtsgeeilt, und die schon anfangs bestehenden Schwierigkeiten haben plötzlich ungeheure Hindernisse auf dem Wege aufgetürmt. Dann erst hat die Regierung gesprochen. Es war zu spät nach unsrer Meinung. Nach und nach war diese Regierung immer schwächer geworden durch ihre Unentschlossenheit, ihre Unklarheit und ihren Mangel an Tatkraft.

Mitten in der Verwirrung, die nach unserm Sieg vom 11. Mai in den Reihen der Reaktion herrschte, hätte die neue Regierung alle Schleier lüften, alle Brücken hinter sich abbrechen, männliche Entschlüsse fassen und entscheidende Taten vollbringen müssen. An gutem Rat hat es ihr von seiten der Sozialisten nicht gefehlt.

Der Aufruf zu einer Art „heiliger Einigkeit" („Union Sacrée"), den Herriot kürzlich an alle Parteien ergehen ließ, als der Angriff von seiten der Banken erfolgte, ermutigte die Angreifer nur, statt sie zu entwaffnen. Als er endlich zu den Waffen greifen und kämpfen wollte, war er schon halb besiegt. Der Senat hat ihm den Todesstoß versetzt.

Die durch seinen Sturz geschaffene Lage ist fürchterlich verwickelt. Bleiben die Linksgruppen der Kammer dem am 11. Mai abgeschlossenen Pakte treu, so kommt es sicher und gewiß zum offenen Kampf mit dem Senat. In diesem Falle muß entweder der Senat nachgeben oder wir gehen einer Kammerauflösung entgegen.

Es ist noch mit einer andern Möglichkeit zu rechnen: nämlich, daß der rechte Flügel der Radikalen, an dem schon verschiedene Abschwenkungen bemerkt worden sind, im Verlauf der Krisis noch mehr nach rechts rutscht. Und dann käme es zu einem Konzentrationsministerium, und dadurch würden die Sozialisten unvermeidlich wieder in die Opposition gedrängt.

Regierungsunterstützung, nicht Mitregierung

Die Beschlüsse der französischen Sozialisten

P. **Paris**, 15. April. (Eig. Drahtb.) Die vom Nationalrat der Sozialistischen Partei am Mittwoch auf Antrag des Genossen Marquet einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut: **Der Nationalrat der Sozialistischen Partei billigt die Durchführung, welche die Beschlüsse der Partei durch den Vorstand unsrer Parlamentsfraktion erfahren haben. Durchdrungen von dem außergewöhnlichen Ernst der augenblicklichen politischen und finanziellen Lage, ist der Kongreß der Auffassung, daß das Aktionsprogramm, das die Partei nach den Wahlen vom 11. Mai beschlossen hat, in Kraft bleiben muß, und daß demgemäß die Partei die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber fortzusetzen die Pflicht hat, welche die von der Partei seit zehn Monaten aufrichtig geforderte Politik weiterzuführen entschlossen ist. Der Kongreß beauftragt die Parlamentsfraktion und den Vorstand, in engster Fühlungnahme mit dem französischen Gewerkschaftsbund die politische Entwicklung wachsam zu verfolgen und gemäß den Beschlüssen des Parteitages vom Juni 1924 im Interesse der Partei, der Arbeiterklasse und des Landes zu handeln in Erwartung des Zusammentritts eines neuen Parteitages. — Der Nationalrat beauftragt eine Kommission, zusammengesetzt aus den Genossen Paul Faure, Leon Blum, Renaudel, Auriol, Bracke und Varenne, eine an das Land zu richtende Erklärung zu entwerfen.**

*

Painlevé hat im Laufe des Mittwochs zahlreiche Unterredungen mit Führern der vier Parteien des Linksblocks gehabt und daraufhin am Nachmittag den Auftrag zur Bildung des Kabinetts angenommen. Da der Nationalrat der Sozialistischen Partei die Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium endgültig abgelehnt hat, wird sich das neue Kabinett in gleicher Weise wie das Kabinett Herriot aus Politikern der drei bürgerlichen Gruppen des Kartells zusammensetzen. Trotz der ablehnenden Haltung, die Herriot am Dienstag eingenommen hat, glaubt man, daß er doch noch das Auswärtige Amt übernehmen wird. Für das Gerücht, daß Painlevé die Absicht habe, Caillaux als Finanzminister in das Kabinett aufzunehmen, war bis Mittwoch abend eine Bestätigung nicht zu erlangen. Tatsache ist jedoch, daß Caillaux von Painlevé für Mittwochabend zu einer Unterredung gebeten worden ist.

*

Auf der Bahn zur Inflation

P. **Paris**, 16. April. (Eig. Funkspruch.) Die Kammer genehmigte in einer Sitzung den vom Finanzminister De Monzie vorgelegten Gesetzentwurf mit 325 gegen 29 Stimmen, durch den der Notenumlauf auf 45 Milliarden und der Vorschuß der Bank von Frankreich auf 26 Milliarden erhöht wird, und zwar bis zum 15. Juli. Die Finanzkommission des Senats nahm in den späten Abendstunden den Gesetzentwurf ebenfalls mit 14 Stimmen gegen 12 Stimmenthaltungen an.

Marx in Stettin

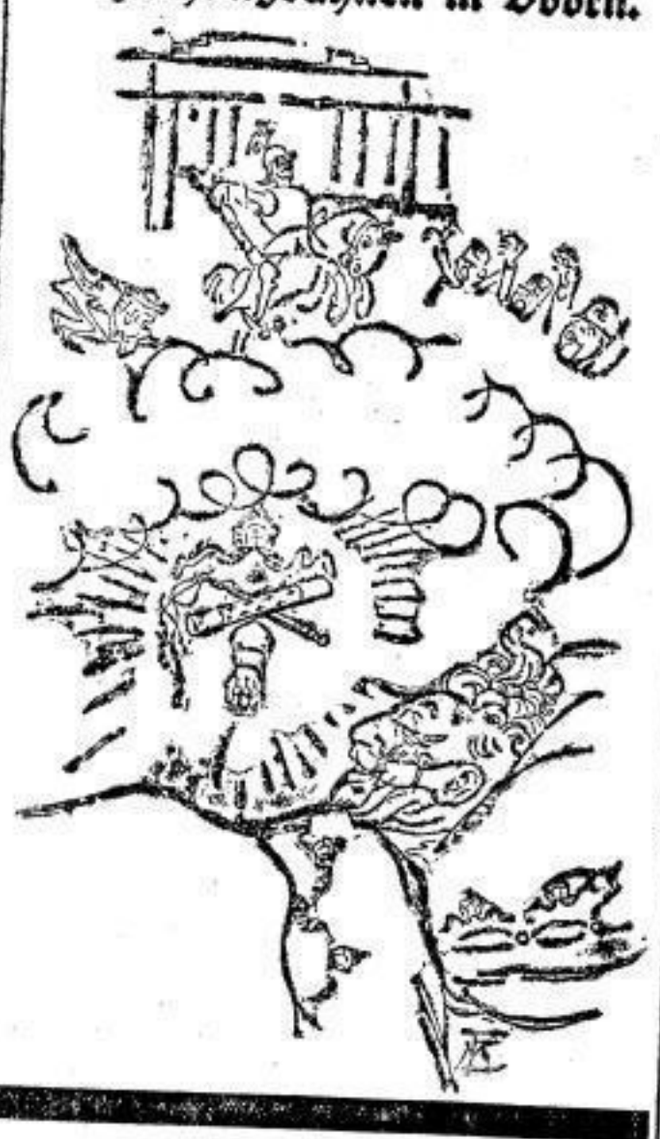
S. **Stettin**, 15. April. (Eigener Drahtb.)

Der Präsidentschaftskandidat der republikanischen Parteien, Marx, traf am Mittwoch abend, kurz nach 7 Uhr, von Königsberg kommend, hier ein. Auf dem Bahnhof hatten sich die Vertreter der preußischen Behörden, der Gewerkschaften und des Reichsbanners zum Empfang eingefunden. Vor dem Stationsgebäude, wo Tausende von Menschen und Reichsbannerleuten Aufstellung genommen hatten, wurde Marx ähnlich wie in Königsberg ein begeisterter Empfang zuteil. Die Kundgebungen wurden auf dem Wege zur Turnhalle, wo die eigentliche offizielle Feier vorgesehen war, fortgesetzt. Hier erwarteten wiederum Tausende von Republikanern den gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Parteien. Marx dankte der begeisterten Menge in kurzen Worten und forderte sie dann zu einem Hoch auf die Republik auf. Neben der offiziellen Kundgebung mußte er u. a. noch in mehreren Parallelversammlungen sprechen. In der Hauptveranstaltung äußerte er u. a.:

Der Gedanke, die in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich festgelegte Staatsform mit Gewalt zu ändern, ist so absurd, daß er heute selbst von solchen fallen gelassen wird, die lange Zeit nicht oder wenigstens ernsthaft mit ihm gespielt haben. Die Weimarer Verfassung gewährleistet allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungestörte Religionsübung; sie bestimmt ferner, daß der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ist. Gerade diese Verfassungsbestimmungen müssen mit peinlichster Sorgfalt gewahrt werden, sie entsprechen dem von mir stets verfochtenen Grundsatz der bürgerlichen Toleranz. Ihre Innehaltung ist die Voraussetzung für das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen in unserm Vaterlande, das nicht durch die Entfesselung konfessioneller Leidenschaften gestört werden darf. Das jedem Deutschen in der Verfassung ebenfalls verbriefte Recht der freien Meinungsäußerung wird dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt, es gilt auch in Fragen der Religion. Wie sich der einzelne auch zu diesen letzten und tiefsten Fragen stellen mag, in dem einen Wunsche sollten wir uns alle finden, daß die positiven religiösen Kräfte in unserm Volke auch nutzbar gemacht werden für den Wiederaufbau unsers Vaterlandes.

Deutschnationaler Katzenjammer

Tagelang hat die deutschnationale Presse versucht, den katastrophalen Eindruck, den die Kandidatur Hindenburgs im Ausland hervorgerufen hat, totzuschweigen. Aber das geht auf die Dauer nicht. Aus England und den Vereinigten Staaten liegt eine wahre Sturzflut von Presseäußerungen vor, die zum Erschrecken deutlich beweisen, daß die Kandidatur des Feldmarschalls das Ausland aufs tiefste erregt hat. Diesem Eindruck kann sich auch die deutschnationale Presse nicht entziehen. Sie sieht sich gezwungen, die Berichte zum Teil wiederzugeben, und die Kommentare, die daran geknüpft



werden, lassen einen vollkommenen Nervenzusammenbruch im deutschnationalen Lager erkennen.

Feinde ringsum! Das ist der Eindruck, unter dem die Deutschnationalen stehen. Feinde ringsum! Das Gefühl ruft eine wahre Panik in ihrer Presse hervor. Die Kreuzzeitung jammert:

„Wie unter den tendenziösen Entstellungen der deutschen Linkspresse die wirklichen Ursachen und Beweggründe für die Aufstellung der Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg selbst in der ernstzunehmenden englischen Presse verkannt werden, zeigen die vorstehend wiedergegebenen Londoner Blätterstimmen. Willig greift die englische Presse den ihr von den deutschen Linksblättern zugeworfenen Ball auf. Daß die Kritik der englischen Presse von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht, bedarf kaum einer erneuten Feststellung. In Deutschland denkt niemand daran, einen Krieg zu führen oder vorzubereiten, wie zur Zeit auch die Frage Republik oder Monarchie gar nicht zur Diskussion steht."

Wie groß muß die Verwirrung im deutschnationalen Lager sein, wenn man in dieser unwürdigen Weise das Ausland um gut Wetter anbettelt! Wie kläglich muß es um die deutschnationale Sache bestellt sein, wenn man die Ziele, die man jahrelang nicht laut genug herausschreien konnte, aus Angst vor dem Ausland ableugnet. Die Deutschnationale Partei wagt ihre schwarzweißroten Farben dem Auslande gegenüber nicht zu zeigen. Feigheit und Würdelosigkeit feiern bei ihr Orgien.

Der Bauernbund gegen Hindenburg

München, 15. April. (Eig. Drahtb.) Mit dem Ruf: „Gegen Hindenburg und für Marx" veröffentlicht der Bayerische Bauernbund einen Aufruf, der verschiedene lesenswerte Sätze enthält. So heißt es u. a.: „Als Greis mit 78 Jahren wird Hindenburg, der seither sich grundsätzlich von der Politik ferngehalten hat, als Präsident kaum unbeeinflußt von dem starken Willen andrer die Politik unsres Vaterlandes führen können. Er soll nicht Schild im Kampfe der Parteien um die Macht sein. Die Meinungen um Marx gehen stark auseinander. Wenn wir seine Wahl unsern Anhängern empfehlen, ohne daß wir sie für Marx binden wollen, dann deshalb, weil für uns seine vaterländische Gesinnung außer Zweifel steht. Sein Sinnen und Trachten galt immer dem inneren Frieden und der ruhigen Entwicklung unsres großen Vaterlandes. Marx ist, um bessere Verhältnisse in unsrer Außenpolitik zu schaffen, mit Dr. Luther unter Selbstverleugnung den schweren, aber notwendigen Weg in der Reparationspolitik nach London gegangen. Mit ihm wird diese als richtig erwiesene Politik ohne Störung fortgeführt werden können. Aus diesem Grund und weil er treu zur Verfassung steht, treten wir als Partei am 26. April 1925 für Marx ein."

Der Wahlkampf und die Groß-Berliner Genossen

D. **Berlin**, 16. April. (Eig. Funkspruch.) Vor den Funktionären Groß-Berlins nahm am Mittwoch abend Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser Stellung zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl, wobei er unter lebhaftem Beifall und allgemeiner Zustimmung dafür eintrat, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen verhüten müsse, daß ein Platzhalter der Monarchie wie Hindenburg der Nachfolger Friedrich Eberts wird. Der 26. April müßte zur größten Antikriegs-Demonstration werden und die Parole lauten: Krieg dem Hindenburgblock — Sieg dem Volksblock! An der Aussprache beteiligte sich lediglich Genosse Hildebrand, der darauf hinwies, daß der Kampf der proletarischen Freidenker durch das jetzige Eintreten für Marx keineswegs gehemmt wird. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins sind bereit, den Kampf für die Republik mit aller Wucht zu führen. Sie werden alle Kräfte zusammenfassen, damit am 26. April die schwarzweißrote Reaktion eine entscheidende Niederlage erleidet. Die Sozialdemokraten Berlins sagen den Blut- und Eisenmenschen des Weltkrieges, deren Vertreter der Generalfeldmarschall Hindenburg ist, schärfsten Kampf an."

Regierungsverhandlungen Vanderveldes

F. **Brüssel**, 15. April. (Eig. Drahtb.) Vandervelde hatte im Laufe des Mittwoch Besprechungen mit dem Führer der flämischkatholischen Demokraten, dem Antwerpener Bürgermeister van Cauwelaert und dem liberalen flämischen Demokraten, dem früheren Kolonialminister Franck, ohne ihnen jedoch einen Ministerposten anzubieten. Beide erklärten, sich erst mit ihrer Parteigruppe beraten zu wollen. Ferner hatte Vandervelde eine Aussprache mit dem liberalen Justizminister Masson und dem christlichen Arbeitsminister Tschoffen. Wie zu erwarten war, gestalteten sich diese Verhandlungen Vandervaldes mit den führenden bürgerlichen Politikern ziemlich schwierig. Sie werden aber fortgesetzt werden.

Kleine politische Nachrichten

Wahlschwindel über die Jungsozialisten

Von der Reichsleitung der Jungsozialisten wird uns geschrieben: Die Berliner Rote Fahne Nr. 84 vom 15. April berichtet über die Reichskonferenz der Jungsozialisten zu Ostern in Jena, daß mit 75 gegen 46 Stimmen die Wahl von Marx abgelehnt und Stimmenthaltung beschlossen sei. Diese Meldung ist in allen Teilen frei erfunden. Die Konferenz hat sich mit der Frage der Präsidentenwahl überhaupt nicht beschäftigt und demzufolge auch keine Abstimmung darüber vorgenommen. Die scharfen Auseinandersetzungen um das Reichsbanner bestehen ebenfalls nur in der Phantasie des kommunistischen Berichterstatters. Diese plumpe Wahllüge darf die Jungsozialisten nicht hindern, mit allen Mitteln für die Wahl von Marx einzutreten.

Attentat auf ein sozialdemokratisches Blatt

Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde ein Attentat auf den Druckereineubau des sozialdemokratischen Volkswillens verübt. Die Hausbewohner wurden durch einen heftigen Knall aus dem Schlafe geweckt. Aus den Parterreräumen des Druckereigebäudes loderte eine riesige Flamme. Wertvolle Druckerei-Maschinen sind stark beschädigt. Man nimmt an, daß Brandstiftung vorliegt, die durch Ausgießen und Anzünden von Petroleum oder Benzin verübt wurde.

Rinderbrust und Hering

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Kreditgeschäfte der Gebrüder Barmat hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß am Freitag und Sonnabend im großen Schwurgerichtssaal in Moabit in öffentlicher Sitzung Julius Barmat durch den Untersuchungsausschuß vernommen werden soll. Anschließend werden als Zeugen mehrere Hoteldirektoren über das Leben Barmats in Berlin vernommen. Direktor Vetter vom Hotel Bristol erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, ob von Barmat in diesem Hotel größere Festlichkeiten und Essen veranstaltet worden sind und wer von bekannten politischen Persönlichkeiten daran teilgenommen hat, folgendes: Herr Barmat wohnte von 1921 bis etwa 1923 bei uns. Er selbst hat sehr einfach gegessen, ein gebratener Hering und Gänsebraten war fast regelmäßig sein Mittagessen. Größere Festessen hat er nur zweimal aus Anlaß von Familienfeiern gegeben. Von bekannten Persönlichkeiten haben nach meiner Kenntnis nur Polizeipräsident Richter und Abg. Heilmann daran teilgenommen, die auch fast täglich bei ihm waren. Vorsitzender Saenger: Sie wissen doch, was man unter Schiebungen versteht, ist bei dem Essen, die Barmat gegeben hat und die er für andre bezahlt hat, geschiebt worden? Vetter: Nein, im Restaurant nicht. Bei den beiden Familienfestlichkeiten wurde das übliche Menu für solche Gelegenheiten genommen.

Generaldirektor Kretzschmar vom Hotel Bristol gibt Auskunft über die Wohnung Barmats. Barmat bewohnte im Hotel einen Salon und ein Schlafzimmer und speiste meist in seinem Zimmer. Den Aufwand, den Barmat dafür gehabt habe, bezeichnet der Zeuge als nicht außergewöhnlich.

Direktor Ebert von Adlon-Hotel, der während Barmats Aufenthalt im Bristol-Hotel dort Etagendirektor war, erklärt auf die Frage, ob Barmat besonderen Aufwand getrieben habe: Barmat hat oft in seinem Zimmer gegessen, aber immer sehr einfach. Er hat meist Rinderbrust und Hering gegessen. Vorsitzender: Waren bei besonderen Festlichkeiten in Barmats Räumen nicht luxuriöse Kalte Büfetts mit ausgesuchten Leckerbissen aufgestellt? Zeuge: Bei den Festlichkeiten gab es nur die Hors d'oeuvers, die man in jedem erstklassigen Restaurant findet. An Getränken wurde bei solchen Festessen erst Weißwein, nachher Champagner gereicht, wie das bei solchen Gelegenheiten üblich ist. — Vorsitzender: Welche prominenten politischen Persönlichkeiten waren Barmats Gäste? Zeuge: Anfangs der frühere Reichskanzler Bauer, der später verschied. Außerdem die Herren Richter und Heilmann. — Vorsitzender: Erinnern Sie sich, daß der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt jemals zu diesen Gästen gehört hat? Zeuge: Nein, den Namen habe ich nie unter den Gästen gehört.

Der nächste Zeuge, Direktor Schneider, vom Zentralhotel, bekundet, Barmat habe 1919 etwa zwei Wochen lang im Zentralhotel gewohnt. Er habe keinen größeren Aufwand getrieben als andre Ausländer. In jener Zeit konnten sich ja die Ausländer mit guter Valuta ganz allgemein in Deutschland Ausgaben leisten, die für den Deutschen unerschwinglich waren. Nur einmal habe Barmat im Zentralhotel ein Abendessen gegeben, an dem neben verschiedenen englischen und holländischen Sozialisten auch die Abgeordneten Hermann Müller, Heilmann und Wels teilnahmen. Das sei wohl im Anschluß an einen sozialistischen Kongreß geschehen. Vors.: Ist bei dieser Festlichkeit besonderer Luxus getrieben worden? Zeuge: Das Essen war nicht schlecht, aber ich habe schon ganz andre Festessen gesehen. — Der Ausschuß vertagte sich schließlich auf Donnerstag vormittag 10 Uhr.